



## Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom  
Geschwister-Scholl-Institut  
für Politikwissenschaft

---

2015

Jenny Fleischer

**Erfolg und Scheitern von  
Farbrevolutionen und  
Massenproteste im post-  
sowjetischen Raum**

---

Bachelorarbeit bei  
Dr. Christian Stecker  
WiSe 2014/15

## Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	03
2	Forschungsstand .....	06
3	Theoretischer Rahmen .....	08
3.1	Sieben Bestandteile erfolgreicher Farbrevolutionen .....	08
3.2	Protestzyklen .....	12
4	Empirischer Teil - Protestwelle in Russland 2011/2012 .....	14
4.1	Ein semi-autoritäres Regime .....	14
4.2	Ein unbeliebter Amtsinhaber.....	17
4.3	Eine geeinte und organisierte Opposition .....	20
4.4	Gefälschte Wahlen .....	22
4.5	Halbwegs freie Medien .....	24
4.6	Mobilisierung von mehr als 10 000 Demonstranten .....	26
4.7	Spaltungen innerhalb des Regimes.....	27
4.8	Negativer Protestzyklus.....	29
5	Schluss .....	31
6	Literaturverzeichnis .....	34
7	Eigenständigkeitserklärung.....	37

## 1. Einleitung

*„Wir wissen, was am fünften März passieren wird. Wladimir Putin und seine Bande werden uns wieder vor vollendete Tatsachen stellen. Wir haben keine Wahl, keine Rechte und keine Wahrheit. Aber noch etwas wird am fünften März passieren: Wir werden am fünften März auf die Straßen gehen. Wir sind jetzt Menschen, keine Herde mehr.“*

Dieser Auszug aus einem russischen Musikvideo mit dem Titel „Putin kaputt“, das im Dezember 2011 ins Netz gestellt wurde (Gabowitsch 2013: 37), verdeutlicht die neu gefundene Bereitschaft der Russen, aus Protest auf die Straße zu gehen. Die größten Demonstrationen in Russland seit den 1990er Jahren fanden Mitte und Ende Dezember 2011 und Anfang März 2012 überall im Land statt und konnten in der Hauptstadt Moskau sogar bis zu 100 000 Teilnehmer mobilisieren. Die Wut über die Wahlfälschungen bei der Parlamentswahl am 4. Dezember 2011 und bei der Präsidentschaftswahl am 4. März 2012 war der Auslöser dieser Proteste. Sie stellten das Bild der eher apathischen und demoralisierten russischen Gesellschaft auf den Kopf und zeigten, dass die politische Elite Russlands vor allem bei dem moderneren, gebildeteren und städtischen Teil der Bevölkerung an Rückhalt verloren hat (Shevtsova 2012a: 20 f.). Zum Symbol dieser Protestbewegung über den Jahreswechsel 2011/2012 wurden weiße Bänder, die die Teilnehmer auf den Demonstrationen als Erkennungszeichen trugen. Doch die sogenannte „White Ribbon“ – Bewegung schaffte es nicht, die Wiederwahl Wladimir Putins bei den Präsidentschaftswahlen zu verhindern und echten Wandel in Russlands politischen System zu bewirken (Greene 2013: 42).

Die „weiße“ Protestbewegung in Russland konnte sich also nicht zu einer erfolgreichen Farbrevolution wie bereits in drei anderen Ländern der ehemaligen Sowjetunion entwickeln. Diese Welle des politischen Umbruchs im post-sowjetischen Raum fing 2003 mit der Rosenrevolution in Georgien an, wo Präsident Eduard Shevardnadze durch die wütende Bevölkerung nach gestohlenen Präsidentschaftswahlen aus dem Amt gedrängt wurde. Ein Jahr später erzwangen Massenproteste während der orangenen Revolution in der Ukraine die Wiederholung der gefälschten Präsidentschaftswahlen und setzten Amtsinhaber Leonid Kutschma ab. 2005 brachten Demonstrationen im Zuge der Tulpenrevolution in Kirgistan nach Fälschungen bei den Parlamentswahlen Präsident Askar Akajew dazu, seinen Rücktritt einzureichen und ins Exil zu gehen (D’Anieri 2006: 339).

Seit der Jahrtausendwende gab es in den Ex-Sowjetrepubliken noch weitere gescheiterte Versuche, mithilfe von Massenprotesten Veränderungen auf politischer Ebene zu bewirken.

In Armenien (2003 und 2008), Aserbajdschan (2003 und 2005) und Weißrussland (2006) gingen zwar mehrere zehntausend Demonstranten gegen die jeweilige autoritäre Regierung auf die Straße, doch in keinem dieser Fälle konnte die politische Opposition Kapital daraus schlagen und einen Sieg erringen (Bunce 2009: 93). Diese gescheiterten Massenproteste im post-sowjetischen Raum haben vier Gemeinsamkeiten mit den drei erfolgreichen Farbrevolutionen: Sie waren alle gewaltlos, fanden in semi-autoritären Regimen statt, folgten auf gefälschte Wahlen und richteten sich gegen unbeliebte Machthaber (Fairbanks 2007: 52).

In Anbetracht der gleichen Voraussetzungen und doch so unterschiedlicher Ergebnisse dieser Proteste wird in der vorliegenden Arbeit folgende Frage aufgeworfen: *Warum konnten sich die Massenproteste in Russland 2011/2012 nicht wie in der Ukraine 2004 zu einer Farbrevolution entwickeln?*

Die Wahl des erfolgreichen Beispiels von Massenprotesten, die einen politischen Umsturz herbeiführen konnten, fiel auf die orangene Revolution 2004 in der Ukraine. Von allen drei Farbrevolutionen in den ehemaligen Sowjetrepubliken war dies die längste und zahlenmäßig größte. Ungefähr 5,5 Millionen Ukrainer beteiligten sich über 17 Tage hinweg an den Demonstrationen (Kuzio 2010: 286).

Für diese Arbeit wird außerdem als Beispiel einer im Sande verlaufender Protestwelle die gescheiterte „White Ribbon“ – Bewegung in Russland 2011/2012 herangezogen. Dieser Fall ist besonders interessant, da er die größte Protestbewegung für demokratische Reformen und faire Wahlen in Russland, dem „Mutterland“ des Kommunismus und der ehemaligen Sowjetunion, seit 1993 darstellt (Evans 2012: 239).

Gerade die Untersuchung dieser beiden Fallbeispiele hat sowohl gesellschaftliche als auch wissenschaftliche Relevanz. Zum einen gehen die aktuellen Spannungen zwischen Russland und der Ukraine ursprünglich auf die orangene Revolution zurück. Sie wurde in Russland als Teil der Strategie des Westens und der NATO angesehen, ihre politische und militärische Einflussosphäre in den ehemaligen Sowjetrepubliken zu erweitern. In den politischen Kreisen Russlands ging fortan die Angst vor einer „Eingrenzung“ durch den Westen und der NATO, vor einem Machtverlust in der Region und vor einer eigenen Farbrevolution um (Herd 2005: 5 ff.). Genau diese Argumentationen verschärfen sich nach der Protestwelle 2011/2012 sowie während des erneuten politischen Umsturzes 2013 in der Ukraine wieder und wurden unter anderem zum Vorwand genommen, die Krim zu annektieren (Shevtsova 2014: 74 f.).

Wissenschaftlich gesehen stellt die vorliegende Arbeit eine Vergleichsstudie von zwei komplett unterschiedlichen Fällen an Massenprotesten in der ehemaligen Sowjetunion dar. Bis jetzt wurden in wissenschaftlichen Aufsätzen nur Farbrevolutionen untereinander oder erfolgreiche bzw. gescheiterte Proteste im selben Land miteinander verglichen. Neu an dieser Arbeit ist außerdem, dass das sehr aktuelle Beispiel der russischen Massenproteste 2011/2012 hier zum ersten Mal in einem solchen Vergleich mit eingebunden und analysiert wird.

Zur Beantwortung der Frage, warum sich nun die Protestbewegung in Russland über den Jahreswechsel 2011/2012 nicht wie in der Ukraine 2004 zu einer Revolution entwickeln konnte, wird zunächst ein kurzer Blick auf die Forschungsansätze zu den Erfolgsbedingungen der Farbrevolutionen geworfen. Zwei dieser Ansätze, Michael McFauls sieben Bestandteile erfolgreicher Farbrevolutionen und Paul D'Anieris Protestzyklen, werden im Anschluss daran als theoretischer Rahmen dieser Arbeit näher erläutert und sogleich auf die orangene Revolution in der Ukraine 2004 angewendet. Im empirischen Teil sollen dann die Massenproteste in Russland 2011/2012 ebenfalls anhand von McFauls sieben Bestandteilen und D'Anieris Protestzyklen im Detail analysiert werden. So kann durch das Herausstellen von den Gemeinsamkeiten und signifikanten Unterschieden der beiden Protestwellen innerhalb dieses theoretischen Rahmens aufgezeigt werden, welche Faktoren schließlich für den Erfolg und das Scheitern in diesen beiden Fällen verantwortlich waren. Im Schlussteil dieser Arbeit werden die Ergebnisse zusammengefasst und Ausblicke auf das aktuelle Protestpotenzial in Russland gegeben.

Letztendlich wird diese Arbeit zeigen, dass die Protestbewegung in Russland im Winter von 2011/2012 drei der sieben Bestandteile erfolgreicher Farbrevolutionen, eine geeinte und organisierte Opposition, halbwegs freie Medien und Spaltungen innerhalb des Regimes, nicht erfüllte und sich somit nicht zu einer Revolution ausweiten konnte.

## 2. Forschungsstand

In wissenschaftlichen Untersuchungen sind vier verschiedene Forschungsansätze entstanden, die auf unterschiedliche Art und Weise zu erklären versuchen, warum Farbrevolutionen in der post-sowjetischen Welt entstehen und Erfolg haben konnten.

Der erste Ansatz ordnet Farbrevolutionen und politische Umbrüche mithilfe von Massenprotesten in einen internationalen Kontext ein (Ash 2011: 1). Laut Valerie Bunce und Sharon Wolchik schwappte nach dem Zerfall der Sowjetunion eine zweite Demokratisierungswelle im Zeitraum von 1996 bis 2005 über 27 Länder auf dem Balkan, in Ostmitteleuropa und der ehemaligen Sowjetunion hinweg. Ausgangspunkt des Wandels in all diesen Fällen waren Wahlen, die zum Ende autoritärer Regime und der Regierungsübernahme liberaler Oppositionen führten (Bunce 2006: 5). Dies konnte nur mithilfe der Implementation und Weiterverbreitung eines in allen Fällen gleichen „electoral model“ erreicht werden. Zu diesem Modell gehörten: 1) eine geeinte Opposition, die einen gemeinsamen Anführer unterstützt, 2) zivilgesellschaftliches Engagement, um Wähler zu informieren und zu mobilisieren, 3) Aufbau eines Zugangs zu den wenigen unabhängigen Medien, 4) Druck auf die Regierung, Wahlen freier und fairer zu gestalten, 5) Einsatz nationaler und internationaler Wahlbeobachter und 6) Massenproteste (Wolchik 2012: 64).

Mark Beissinger ist ebenfalls ein Anhänger der Diffusionstheorie. Farbrevolutionen haben sich aus seiner Sicht in einem engen Zeitrahmen in ähnlicher Form angehäuft, da sie Teil eines zusammenhängenden Phänomens waren (Beissinger 2009: 76). Er definiert Revolutionen „*as a mass uprising against an established government involving contested claims to sovereignty, with the aims of displacing the incumbent regime and substantially altering the political or social order*“ (Beissinger 2013: 574). Er behauptet weiter, dass die meisten zeitgenössischen Revolutionen, wie die nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in den frühen 1990er Jahren, die Farbrevolutionen im post-sowjetischen Raum nach 2000 und zuletzt der arabische Frühling, in einem städtischen Umfeld stattfanden und sich für mehr bürgerliche und politische Rechte aussprachen. Sie stützten sich hauptsächlich auf die zeitnahe Mobilisierung von mindestens 10 000 Demonstranten, um genügend Druck auf die Regime aufzubauen und Schlüsselpersonen der Regierungen zum Überlaufen zu bewegen (Beissinger 2013: 574 f.).

Eine zweite Gruppe von Wissenschaftlern steht der Diffusion von Farbrevolutionen über verschiedene Länder und Regionen hinweg skeptisch gegenüber und verfolgt daher einen Ansatz, der mehr auf die staatliche Ebene ausgerichtet ist (Ash 2011: 2). Lucan Way argumentiert zum Beispiel, dass stabile autoritäre Regierungen in der ehemaligen Sowjetunion vier Kriterien aufweisen: eine institutionell verankerte Regierungspartei mit herausstechender Ideologie, einen exzessiven und kapitalkräftigen Unterdrückungsapparat, eine staatlich kontrollierte Wirtschaft und eine schwache Anbindung zu Westeuropa und den Vereinigten Staaten (Way 2008: 60). Solche Regime sind dann anfällig für einen revolutionären Umbruch, wenn sie mindestens eine große Schwäche in den oben genannten Kriterien erkennen lassen (Way 2009: 93).

Ein weiterer Vertreter dieser Gruppe ist Henry Hale. Aus seiner Sicht sind Spaltungen innerhalb der Eliten der autoritären Regime für Farbrevolutionen verantwortlich (Ash 2011: 2). Laut Hale sind die meisten post-sowjetischen Länder charakterisiert durch „patronal presidentialism“. Die Machtzentrale in diesem System ist ein direkt gewählter Präsident, der mithilfe eines informellen Netzwerks aus reichen Oligarchen und einflussreichen Führungspersonen aus den Regionen regiert. Während der Amtszeit des Präsidenten gibt es für die Mitglieder dieses Netzwerks kaum einen Anreiz, sich gegen das System aufzulehnen, da sie weiterhin große finanzielle und politische Einsätze innerhalb des Regimes haben. Dies ändert sich, sobald der Präsident aus seinem Amt scheidet. Oligarchen und regionale Leader sind oft in rivalisierende Gruppen gespalten, doch nur eine Person aus einer dieser Gruppen kann sein Nachfolger werden. So entsteht ein Machtkampf unter den Eliten um das Präsidentenamt. Die Meinung der Öffentlichkeit ist eine wichtige Ressource in diesem Machtkampf, daher öffnet sich politischer Spielraum für die Beteiligung der Bürger, Massenproteste miteingeschlossen (Hale 2006: 307 ff.).

Als dritter Forschungsansatz hebt Joshua Tucker die individuellen Beweggründe für die Teilnahme an Massendemonstrationen, die sich zu Farbrevolutionen entwickelt haben, als fundamental hervor. Er benutzt hierbei die „revolutionary bandwagoning“ – Theorie (Ash 2011: 2). Auch hier sind massive Wahlfälschungen der Ausgangspunkt. Sie helfen dabei, die Kosten der Beteiligung an Protesten gegen autoritäre Regime zu senken und die Wahrscheinlichkeit eines positiven Ausgangs dieser Proteste zu erhöhen. Zum einen erleben die Bürger dieses Unrecht zur selben Zeit, können sich zusammenschließen und müssen in der Masse bei Protestaktionen weniger Repressalien und Gewalt fürchten. Zum anderen feuert der Kampf gegen Wahlfälschungen die Hoffnung an, tatsächlich ändern zu können, wer in die Regierung und damit an die Macht gelangt (Tucker 2007: 540 f.).

### **3. Theoretischer Rahmen**

#### **3.1. Sieben Bestandteile erfolgreicher Farbrevolutionen**

Ein weiterer Ansatz zur Erklärung des Erfolges und der Entstehung von Farbrevolutionen in der post-sowjetischen Welt ist 2005 von Michael McFaul entwickelt worden. In seinem Aufsatz „Transitions from postcommunism“ stellt er fest, dass die Farbrevolutionen in Georgien, der Ukraine und in Kirgistan sieben gemeinsame Bestandteile aufweisen. Diese identifizieren die innenpolitischen Ursachen der Proteste und fassen unter anderem den Regierungstyp, Aufbau und Organisationsgrad der Opposition, Wahlfälschungen, die Mobilisierung von Demonstranten und das Verhalten der Eliten des Regimes ins Auge. McFauls Ansatz besitzt damit mehrere Stärken und wird in dieser Arbeit aus folgenden Gründen als Teil des theoretischen Rahmens verwendet: Erstens war er der ursprünglichste Ansatz in der Forschung zu den Farbrevolutionen und damit die Grundlage für die im vorherigen Abschnitt beschriebenen drei Forschungslinien (Ash 2011: 1). Zweitens vereint er Bunces, Wolchiks und Beissingers internationalen Aspekt der Diffusion eines gemeinsamen Revolutionsmodells mit Ways und Hales Fokus auf das Regierungssystem bzw. die Art der Machtausübung als Ursache für die Farbrevolutionen und Tuckers Erklärung für die Beteiligung einer großen Anzahl von Menschen an den Massenprotesten. Weiterhin geht er wie alle anderen Ansätze auch von Wahlfälschungen als Anfangspunkt aus. Die sieben Bestandteile eignen sich daher für eine besonders breite und tiefgehende Analyse der Farbrevolutionen.

Konkret gehören zu McFauls Ansatz also folgende Faktoren des Erfolges der Farbrevolutionen: 1) ein semi-autoritäres Regime, 2) ein unbeliebter Amtsinhaber, 3) eine geeinte und organisierte Opposition, 4) gefälschte Wahlen, 5) halbwegs freie Medien, 6) Mobilisierung von mehr als 10 000 Demonstranten und 7) Spaltungen innerhalb des Regimes (McFaul 2005: 7).

Zu dem ersten Faktor führt er an, dass zwar alle autoritären Regime als anfällig für einen Zusammenbruch gelten, doch dass Mischformen insgesamt offener für Demokratisierungsversuche sind als voll entfaltete Diktaturen. Alle Farbrevolutionen in der post-sowjetischen Welt fanden daher in semi-autoritären Regimen statt, in denen formal demokratische Institutionen, vor allem Wahlen, nie außer Kraft gesetzt wurden. Dieser bestimmte Regierungstyp erlaubte daher ein gewisses Maß an Pluralismus und Opposition in Georgien, der Ukraine und in Kirgistan, was sich dort letztendlich als entscheidend für den Erfolg der Farbrevolutionen erwiesen hat. In der Ukraine zum Beispiel ist Präsident

Leonid Kutschma 1994 durch kompetitive Wahlen an die Macht gekommen. Während des Wahlkampfes versprach er noch, die demokratische Konsolidierung in seinem Land fortzuführen, doch de facto zog er mithilfe von loyalen Oligarchen die Kontrolle über sämtliche politischen Institutionen an sich. Dennoch schaffte er es nicht, die Opposition in der Ukraine zu neutralisieren. Im Gegenteil, der „Our Ukraine“ – Parteienblock schnitt bei den Parlamentswahlen 2002 sehr gut ab und konnte somit innerhalb staatlicher Strukturen Fuß fassen. Dies zeigte im Vorfeld der orangenen Revolution 2004, dass die ukrainische Gesellschaft durchaus politisch differenziert und aktiv war (McFaul 2005: 7 f.).

Die zweite notwendige Bedingung für die Entstehung einer Farbrevolution und die Bereitschaft eines Großteils der Bürger zu protestieren, ist die fallende Popularität des Amtsinhabers. Die Gründe für diese Unbeliebtheit waren in allen erfolgreichen Fällen entweder politische Skandale oder ein schlechtes öffentliches Image. In Präsident Kutschmas zweiter Amtszeit ab 1999 stieg die Wirtschaftsleistung der Ukraine zwar kontinuierlich an, doch massive Korruption auf staatlicher und wirtschaftlicher Ebene ließ ihn in den Augen der Bevölkerung immer unpopulärer werden. Dies wurde um ein vielfaches verschlimmert, als Aufzeichnungen eines Gesprächs veröffentlicht wurden, die Kutschma implizieren, im Jahr 2000 bei der Entführung und Ermordung des Journalisten Georgi Gongadze beteiligt gewesen zu sein (McFaul 2005: 8 f.).

Ein erfolgreicher, politischer Umbruch braucht aber nicht nur ein demokratieanfälliges semi-autoritäres Regime und einen unbeliebten Machthaber als unabdingbare Voraussetzungen, sondern auch eine geeinte und im Parlament verankerte Opposition, die aus diesen Schwächen Kapital schlagen und eine Alternative zum Status Quo anbieten kann. Dafür ist auch ein gemeinsamer, in der Bevölkerung beliebter, Anführer als Symbol der Oppositionsbewegung notwendig. In der Ukraine war dies der Oppositionspolitiker Wiktor Juschtschenko, der bis 2001 das Amt des Premierministers inne hatte und nach seiner Entlassung durch Präsident Kutschma in die Opposition ging. Er baute den Parteienblock „Our Ukraine“ auf, der nach dem Erfolg bei den Parlamentswahlen 2002 ein gefährlicher Gegner von Kutschmas Regierungspartei wurde (McFaul 2005: 9).

Viertens sind die Auslöser aller Farbrevolutionen gefälschte Wahlen, die eine Welle allgemeiner Frustration und Unzufriedenheit bei den Bürgern mit dem Regime und damit auch die Massenproteste hervorrufen. Ausschlaggebend dafür sind NGOs, die möglichst schnell nach den Wahlen eine akkurate und unabhängige Stimmenausszählung herausgeben und so die Öffentlichkeit über die Wahlfälschungen unterrichten können. 2004 war in der Ukraine das „Committee of Ukrainian Voters“ für die Beobachtung der insgesamt drei

Runden der Präsidentschaftswahl verantwortlich und erstellte auch eine parallele Auswertung der Stimmen. Für die Koordinierung der mit Wahltagsbefragungen beauftragten Firmen war eine weitere ukrainische NGO, die „Democratic Initiatives“, zuständig. Doch auch Firmen, die der Regierung nahestanden, veröffentlichten ihre eigene Befragung und benutzten dabei eine andere Methode als das Konsortium der oppositionellen NGO. So erschienen nach der zweiten Runde der Präsidentschaftswahl zwei verschiedene Wahltagsumfragen mit unterschiedlichen Resultaten. Zudem berichteten Wahlbeobachter der ukrainischen NGOs hunderter Regelwidrigkeiten bei der Wahl, vor allem auf der Bezirksebene. Auch wurde von der Regierung eine absurd hohe Wahlbeteiligung in einigen Regionen im Osten des Landes verkündet, die Analysten sofort als gefälscht einstufen. Diese Faktoren brachten einige Mitglieder der zentralen Wahlkommission dazu, das offizielle Ergebnis der zweiten Runde nicht anzuerkennen. Das oberste Verfassungsgericht der Ukraine plädierte daraufhin auf die Wiederholung der zweiten Runde der Präsidentschaftswahl, die der Oppositionspolitiker Juschtschenko gegen den von Kutschma unterstützten Wiktor Janukowitsch klar für sich entscheiden konnte (McFaul 2005: 10 f.).

Doch nur ein Mindestmaß an vom Regime unabhängigen Medien, die eine breite Bevölkerungsschicht über die Wahlfälschungen informieren, können die Wut der Öffentlichkeit über diese Missstände anstacheln. Im Vorfeld der orangenen Revolution 2004, so genannt nach der „Our Ukraine“ – Parteifarbe, hatte die Opposition kaum Zugang zu den Print- und Hörfunkmedien, und alle großen Fernsehsender befanden sich im Besitz oder unter Kontrolle der zum Regime loyalen reichen Oligarchen. Dennoch bestand die internetbasierte Zeitung „Ukrainskaja Prawda“ des Journalisten Gongadze auch nach seiner Ermordung weiter, entwickelte sich bis zum Ende der orangenen Revolution zur meist gelesene Nachrichtenquelle, berichtete unmittelbar nach der zweiten Runde der Präsidentschaftswahl über die Wahlfälschungen und verbreitete logistische Informationen zu den Protesten. Des Weiteren kaufte der Oligarch Petro Poroschenko, ein Verbündeter von Wiktor Juschtschenko und jetziger Präsident der Ukraine, ein Jahr vor der Revolution den kleineren Fernsehsender „Channel 5“. Dieser sendete 2004, nachdem die Wahlfälschungen bekannt wurden, rund um die Uhr Berichte über die Proteste auf dem „Maidan“ in Kiew. Dort gab es zur Information der Demonstranten eine Bühne mit Leinwänden, auf denen Übertragungen von „Channel 5“ liefen. So konnten die Ukrainer die friedlichen Proteste live im Fernsehen mitverfolgen, die dadurch mehr und mehr davon überzeugt wurden, sich selbst anzuschließen. Dies taten ab dem vierten Tag der orangenen Revolution dann auch die Journalisten der meisten anderen, vormals regimetreuen, Sendern (McFaul 2005: 11 ff.).

Um letztendlich aber eine echte Bedrohung eines semi-autoritären Regimes und dessen unbeliebten Amtsinhabers zu werden, müssen Proteste erst einmal von einer geeinten Opposition mithilfe der Medien in ausreichender Zahl, mit mehr als 10 000 Demonstranten, mobilisiert werden. Studentenorganisationen unterstützen die Oppositionsparteien und deren Anführer bei der Mobilisation der Massenproteste. Während der orangenen Revolution in der Ukraine stellte die Studentengruppe „Pora“ logistische Unterstützung und gleich auch die allerersten Teilnehmer der Demonstrationen. Am Tag nach dem vermeintlichen Sieg von Janukowitsch bei der zweiten Runde der Präsidentschaftswahl errichteten Angehörige von „Pora“ und des „Our Ukraine“ – Oppositionsblocks hunderte Zelte und eine große Bühne auf dem „Maidan“ in Kiew. Diesem ersten Schub und Zeichen des Protests ist es zu verdanken, dass schließlich allein in der Hauptstadt mehr als eine Millionen Demonstranten mobilisiert werden konnten. Beide Organisationen arbeiteten außerdem während der Revolution bei der Versorgung der Protestteilnehmern mit Essen und warmer Kleidung zusammen (McFaul 2005: 13 f.). Dieser Druck der Massen auf den Straßen Ende November und Anfang Dezember 2004 führte in Kombination mit den erdrückenden Beweisen von Wahlfälschungen auch letztendlich dazu, dass das ukrainische Verfassungsgericht eine Wiederholung der Präsidentschaftswahl ansetzte. (McFaul 2005: 11).

Spaltungen innerhalb der politischen Eliten und des Unterdrückungsapparats des Regimes erhöhen durch das symbolträchtige öffentliche Überlaufen von ehemals regimetreuen Politikern zur Opposition und durch sinkende Repressionen die Erfolgchancen der Protestbewegung, einen politischen Umsturz herbeizuführen. Zum Beispiel unterstützte die Stadtverwaltung von Kiew Juschtschenko, seine Oppositionsbewegung „Our Ukraine“ und die Studentenorganisation „Pora“ bei der Organisation der Proteste auf dem „Maidan“. Des Weiteren stellten Oppositionsmitglieder den Kontakt zu der ukrainischen Polizei her und verhinderten so die gewalttätige Zerschlagung der Proteste. Zwar bewachten Soldaten während der Revolution die Regierungsgebäude rund um den „Maidan“ in Kiew, doch aufgrund der ständigen Nähe zu den Demonstranten, die von „Pora“ – Mitgliedern dazu angehalten wurden, mit den Militärangehörigen humorvoll und freundlich umzugehen, solidarisierten sie sich schließlich mit der Protestbewegung. Schließlich trug die reine Größe der Massenproteste dazu bei, die Sicherheitskräfte in Schach zu halten. Eine Demonstration mit unter 10 000 Teilnehmern kann sehr wohl mit Tränengas, gepanzerten Fahrzeugen und Verhaftungen zerschlagen werden, bei einer Protestaktion mit weit über dieser Zahl wie in der Ukraine geht dies nicht so leicht (McFaul 2005: 14 f.).

### 3.2. Protestzyklen

Der zweite Teil des theoretischen Rahmens dieser Arbeit stammt von Paul D'Anieri und seinem Aufsatz „Explaining the success and failure of post-communist revolutions“, der direkt auf McFauls Modell aufbaut. Dessen sieben Bestandteile werden auch von D'Anieri herangezogen, um die Farbrevolutionen zu untersuchen, doch er fokussiert sich mehr auf ihren Ablauf als auf ihre Voraussetzungen. Er versucht so, ein dynamischeres Verständnis von McFauls Variablen zu liefern und herauszufinden, wie sie miteinander verknüpft sind. Dafür benutzt er positive und negative Protestzyklen als theoretische Grundlage. Die zentrale Frage dieses Ansatzes ist, ob Proteste durch ihre Masse einen „tipping point“ erreichen und sich zu einer Revolution entfalten, oder ob sie durch das Regime klein gehalten und schließlich niedergeschlagen werden. D'Anieri kommt zu dem Schluss, dass McFauls siebter Faktor, Spaltungen innerhalb der Eliten des Regimes, eine entscheidende Rolle für das Erreichen dieses „tipping point“ spielen (D'Anieri 2006: 332 f.). Sein Ansatz soll also nicht als ein konkurrierendes Modell zu McFaul angesehen werden, sondern eher als Simplifikation. Das Verhalten der Eliten des Regimes erklärt laut D'Anieri mehrere der ausschlaggebenden sieben Variablen erfolgreicher Farbrevolutionen, wie der Aufbau der Opposition, die Fähigkeit zu zeigen, dass Wahlen gefälscht wurden, der Zugang zu den noch vorhandenen unabhängigen Medien und die Mobilisation von einer großen Zahl an Demonstranten (D'Anieri 2006: 336).

D'Anieris Protestzyklen sind also für die vorliegende Arbeit wichtig, da diese nicht nur die Gründe des Erfolgs, sondern auch die des Scheiterns von Massenprotesten im post-sowjetischen Raum erklären können. Hierbei gibt es zwei mögliche Varianten: Menschen, die die Erfolgchancen eher skeptisch sehen, werden nicht an dem Protest teilnehmen und die die sich bereits angeschlossen haben eventuell wieder aufgeben. Das reduziert wiederum die Chancen auf Erfolg, mehr und mehr steigen aus und so weiter. Idealerweise werden sich aber, sobald die Chancen eines vermeintlichen Erfolges zu steigen scheinen, immer mehr Menschen dem Protest anschließen, was wiederum die Erfolgchancen größer macht und noch mehr Teilnehmer für den Protest mobilisiert und so weiter. Es müssen hierbei zwei Faktoren genauer untersucht werden, die den Ausschlag für das Überschreiten des „tipping point“ und der erfolgreichen Ausweitung der Massenproteste zu einem politischen Umsturz geben können. Zum einen die organisatorischen Fähigkeiten einer Protestbewegung, ihre Protestaktionen miteinander abzustimmen, materiell zu unterstützen und mehr Leute zum Mitmachen zu bewegen. Zum anderen ein spezifischer Auslöser, mit der diese Protestmobilisation stattfinden kann (D'Anieri 2006: 334 f.). Für beide Faktoren spielen die

Eliten des Regimes eine besondere Rolle. Schon im Vorfeld der Wahlen, die durch massive Fälschungen die Wut der Bürger hervorriefen und damit der Auslöser für die Massenproteste der Farbrevolutionen waren, liefen vormals regimetreue Eliten zur Opposition über. Sie unterstützten die Opposition sowohl politisch als auch finanziell und sorgten dafür, dass diese eine glaubwürdige Alternative zum Regime darstellte. Nach den Wahlen informierte die Führungsriege der Opposition eine breite Öffentlichkeit mithilfe ihres Zugangs zu den vom Regime unabhängigen Medien über diese Wahlfälschungen. Weiterhin heizte die Opposition die Mobilisierung der Proteste an, indem sie über die Medien verlauten ließ, dass die Proteste in friedlicher Umgebung stattfinden und immer mehr anwachsen. Die Erfolgchancen der Proteste stiegen dadurch, dass die Opposition Kontakt zu den Sicherheitskräften herstellte, um die gewaltsame Zerschlagung der Demonstrationen zu verhindern. Dieser Verzicht auf die Anwendung von Gewalt machte es für die Protestbewegung leichter, den „tipping point“ zu überschreiten und sich zu einer Revolution auszuweiten (D’Anieri 2006: 337 f.).

Zum Abschluss des theoretischen Teils der vorliegenden Arbeit lässt sich also sagen, dass die orangene Revolution in der Ukraine 2004 alle sieben von McFaul identifizierten Kriterien erfolgreicher Farbrevolutionen erfüllte und auch dem positiven Protestzyklus nach D’Anieri entsprach. Mit einem demokratieanfälligen semi-autoritären Regierungssystem, das auf einem informellen Unterstützungsring aus reichen Oligarchen und Verwaltungseinrichtungen aufgebaut war, gefälschte Präsidentschaftswahlen Ende 2004 und einen durch Korruption und Beteiligung an der Ermordung eines Journalisten unbeliebten Amtsinhaber Leonid Kutschma waren die Voraussetzungen und Auslöser für Massenproteste gegeben. Eine geeinte Opposition, die mit einem im Parlament verankerten Parteienblock „Our Ukraine“ eine gute Alternative zu dem Regime darstellte, wurde durch Wiktor Juschtschenko aufgebaut, der 2001 nach seiner Entlassung aus der Regierung zur anderen Seite überlief. Über halbwegs freie Medien, insbesondere den Fernsehsender „Channel 5“, konnte die Bevölkerung über die Wahlfälschungen unterrichtet und zu Demonstrationen vor allem in Kiew mobilisiert werden. Die Ankündigung des Sicherheitsapparates auf die gewaltsame Zerschlagung der Proteste zu verzichten, sorgte zusammen mit der Unterstützung der Stadtverwaltung Kiews dafür, dass die empfundenen Erfolgchancen stiegen und die Proteste zu einem Selbstläufer wurden. Die massive Protestwelle von bis zu einer Millionen Menschen in Kiew erreichte die Wiederholung der zweiten Runde der Präsidentschaftswahl und hob schließlich den Oppositionsführer Juschtschenko in das Präsidentenamt der Ukraine (D’Anieri 2006: 343 ff.).

## **4. Empirischer Teil - Protestwelle in Russland 2011/2012**

### **4.1. Ein semi-autoritäres Regime**

Eine wichtige Voraussetzung für die Entstehung einer Farbrevolution wie in der Ukraine 2004 ist die Regierungsform. Ein semi-autoritäres Regime, in dem demokratische Institutionen nicht außer Kraft gesetzt sind und ein gewisses Maß an Pluralismus innerhalb der staatlichen Strukturen zugelassen wird, ist besonders anfällig für einen demokratischen Umbruch.

Die russische Verfassung, die im Dezember 1993 ratifiziert wurde, etabliert Russland eindeutig als eine präsidentielle Demokratie. Das Parlament besteht aus zwei Kammern, der Staatsduma mit 450 gewählten Abgeordneten und den Föderationsrat mit 178 Vertretern aus den Regionen. Die Hauptaufgaben des Parlaments sind die Gesetzgebungsinitiative und die Aufsichtsfunktion. Der Präsident wird direkt gewählt, ernennt den Premierminister, das Kabinett, den Vorsitzenden der Zentralbank und die Richter des obersten Gerichtshof sowie des Verfassungsgerichts. Er ist verantwortlich für die Außen- und Verteidigungspolitik, kann selbst Gesetzesvorschläge einbringen oder die des Parlaments mit einem Veto ablehnen und hat uneingeschränkte Autorität, Dekrete zu erlassen. Diese Dekrete sind rechtlich bindend und haben den Status eines Gesetzes. Der Präsident hat außerdem das Recht, den Notstand auszurufen, was de facto alle Bürgerrechte außer Kraft setzen würde (Smith 2012: 73 ff.). Die Verfassung hat sich seit 1993 als stabil erwiesen und ist nur zweimal geändert worden. 2008 wurden einige kleinere Regionen der russischen Föderation zusammengefügt, sodass ihre Zahl von 89 auf 83 sank. Im selben Jahr wurde die Legislaturperiode der Duma von vier auf fünf Jahren erhöht und die Amtszeit des Präsidenten von vier auf sechs Jahren verlängert (Smith 2012: 77).

Diese Änderung erlaubte es Wladimir Putin, der von 2000 bis 2008 schon Präsident Russlands war, sich 2012 noch einmal zur Wahl zu stellen. Während seiner ersten beiden Amtszeiten veränderte Putin das politische System in Russland grundlegend. Er baute die Macht des Präsidenten aus und ordnete den Staatsapparat seinem Amt hierarchisch unter. Diese Machtvertikale mit autoritären Zügen etablierte Putin vor allem durch drei Maßnahmen. Erstens konnten seit der Parlamentswahl im Jahre 2007 nur noch Parteien in die Duma gelangen, wenn sie mindestens sieben Prozent der gültigen Stimmen bekamen. Vor dieser Änderung lag die Hürde bei fünf Prozent. Außerdem wurden ab 2007 die Sitze in der Duma nur noch über Parteilisten vergeben. Diese Modifikationen im Wahlrecht halfen der Regierungspartei „Einiges Russland“, noch dominanter zu werden (Hill 2012: 13 f.).

Die Partei hatte eigentlich nur zwei Funktionen, nämlich auch über Wahlfälschungen die Mehrheit der Stimmen bei den Wahlen zur Duma auf sich zu vereinen und dort alle Gesetzesvorlagen des Präsidenten und seiner Administration durchzubringen. Spitzenbeamte des Kremls leiteten die Partei, kontrollierten die Entscheidungsprozesse und überwachten den politischen Diskurs innerhalb der parteilichen Strukturen. Die Parteimitglieder und die Abgeordneten im Parlament waren lediglich dafür zuständig, die täglichen politischen Routineaufgaben zu erledigen, ohne dabei vom vorgegebenen Kurs der Regierung abzuweichen. Mit einer eigenen Ideologie oder gar einem konkreten Programm stach „Einiges Russland“ daher nicht heraus. Bei den Wahlen sollte sie lediglich den Status Quo erhalten. Im Vorfeld der Parlamentswahlen 2007 zum Beispiel lautete ihre Wahlkampfparole „Stimme für Putins Plan“, ohne aber die Details dieses Plans auszuführen. Die Partei war also kein Instrument für politischen Wandel, sondern sollte lediglich ihre Loyalität zur Regierung offen bekunden und beweisen (Gel'man 2013a: 280 ff.).

Zweitens erließ Putin kurz nach seinem Amtsantritt Anfang 2000 ein Dekret zur Gründung sieben föderaler Distrikte, die jeweils mehrere Regionen unter sich vereinigten. Die Distrikte wurden jeweils von einem Repräsentanten des Präsidenten geleitet. Diese hatten vor allem dafür zu sorgen, dass die Gesetze der Regionen mit den des Bundes übereinstimmten und auch eingehalten wurden. Weiterhin wurde die Unabhängigkeit der Regionen beschnitten, als die Duma 2004 durch eine Initiative Putins die direkte Wahl ihrer Gouverneure abschaffte. Stattdessen wurden sie nun auf Vorschlag des Präsidenten von den regionalen Parlamenten ernannt. Diese konnten im Falle einer Ablehnung des vorgeschlagenen Gouverneurs aufgelöst werden (Hill 2012: 13 f.). Die Auswahl der potenziellen Gouverneure übernahm die stärkste Partei in den jeweiligen Regionen, ausnahmslos immer „Einiges Russland“, die eine Liste der Kandidaten an den Präsidenten übermittelte. Alle Gouverneure in den Regionen standen also nicht nur unter der Kontrolle des Präsidenten, sondern auch der Regierungspartei. Als Gegenleistung für ihre Ernennung durch die Exekutive und die Unterstützung von „Einiges Russland“ wurde von den Gouverneuren erwartet, bei Wahlen auch mithilfe von Fälschungen hohe Stimmenanteile für sie zu generieren. Von 2005 bis 2007 konnten sich die meisten Gouverneure, 32 von 44, auf ihren Positionen halten. Dies änderte sich ab 2008 unter Putins Nachfolger, Präsident Dmitrij Medwedew, drastisch. Von 42 Gouverneure, die er bis 2010 ernannte, haben nur 15 vorher schon das Amt inne gehabt. Diese Umstrukturierung ersetzte sehr viele Gouverneure, die bis zu 15 Jahre ihre Regionen angeführt haben, mit jüngeren Administratoren ohne große politische Erfahrung (Golosov 2012: 9 f.).

Drittens drängte Putin die reichen und mächtigen Oligarchen aus der Politik. Diese gelangten im Zuge der Privatisierung der russischen Wirtschaft in den 1990er Jahren zu riesigem Reichtum. Sie errichteten in der Folgezeit Firmenimperien, gründeten Banken und kauften Medienträger auf. Boris Jelzin, der erste Präsident der Russischen Föderation, verließ sich bei Wahlen und seiner Amtsausführung stark auf den großen Einfluss der Oligarchen. Putin hingegen fand, dass sie unter Jelzin zu viel politische Macht gewonnen hatten und fing kurz nach seinem Amtsantritt damit an, die Einflussreichsten unter ihnen mithilfe von Steuerbehörden zu attackieren. Das bekannteste Beispiel war Michail Chodorkowski, der wegen Steuerhinterziehung jahrelang im Gefängnis saß. Viele andere Oligarchen behielten ihren Reichtum, doch der Kreml behauptete gegenüber der Geschäftswelt das Recht, die politischen Spielregeln aufzustellen (Hill 2012: 15 f.). Statt mithilfe der Oligarchen zu regieren, baute Putin seinen eigenen Unterstützungsring, die sogenannten „siloviki“, auf. Dieser Ausdruck bezieht sich auf Beamte, die in den Machtministerien Schlüsselpositionen besetzen. Zu diesen Ministerien gehören das Verteidigungs- und Innenministerium, der Geheimdienst FSB und das Ministerium für zivile Verteidigung und Katastrophenschutz. All diese Einrichtungen haben uniformierte Truppen unter sich (Taylor 2011: 36 ff.). Die Gruppe der „siloviki“ bestand während Putins ersten beiden Amtszeiten ausnahmslos aus Beamten, die er von seiner Zeit als Mitglied beim KGB, dem sowjetischen Geheimdienst und Vorgänger des FSBs, oder von seiner Arbeit in der St. Petersburger Stadtverwaltung her kannte (Taylor 2011: 56). Auch Medwedew war Teil dieser Gruppe. Mit der Unterstützung Putins wurde er 2008 zum Präsidenten gewählt und ernannte ihn im Gegenzug zum Premierminister. In diesen Funktionen arbeiteten sie während der nächsten Jahre stark zusammen und stützen sich zum Großteil auf dasselbe Netzwerk der „siloviki“. Dennoch entstand bei vielen Russen die Hoffnung, dass Medwedew ein anderer, weniger autoritär regierender Präsident als Putin sein würde. Bei seinem Amtsantritt war er erst 42 Jahre alt und daher weniger von der Sowjetunion geprägt. Außerdem hat er nicht in den Sicherheitsdiensten Karriere gemacht, sondern als Anwalt in der Justiz (Gill 2012: 27 f.).

Diese Hoffnung erfüllte sich jedoch nicht. Etwa zwei Monate vor der Parlamentswahl im Dezember 2011 kündigte Medwedew Putins Rückkehr in das Präsidentenamt an und dass er selbst nach den Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2012 Premierminister wird. Dieser „Job-Tausch“ wurde als Tatsache hingestellt, zerstörte damit jegliche Chance auf einen echten Wechsel an der Spitze des Landes und suggerierte, dass auch der Schein des Tandems von 2008 trog. Vor allem die Mittelklasse, die seitdem auf eine Demokratisierung Russlands gehofft hatte, fühlte sich hiermit angegriffen (Krastev 2012: 41 f.).

Auch die Parteienlandschaft mit „Einiges Russland“ an der Spitze und die Änderung der politischen Umstände in den Regionen sorgten 2011 für Ärger. Angesehene und altgediente Gouverneure wurden mit unerfahrenen und ineffektiven Nachfolgern ersetzt, die oft sehr unbeliebt bei lokalen Politikern und Einwohner waren (Gel‘man 2013b: 5). Eine Gruppe um Alexej Nawalny, eine Symbolfigur der außerparlamentarischen Opposition und bekannter Blogger, deckte im Vorfeld der Parlamentswahlen zahlreiche Korruptionsskandale in den Reihen der Parteimitglieder von „Einiges Russland“ auf. Es gab Fälle von Bürokraten, die ihre Untergebenen Begünstigungen für Wahlfälschungen zugunsten der Partei versprachen. Andere Mitglieder veruntreuten sogar Gelder, die nur für den Kauf von Stimmen beiseite geschafft wurden. Nawalny prägte daher den Slogan „Stimme für jede Partei außer Einiges Russland“, um die Wähler gegen das Regime zu mobilisieren. Diese Strategie stellte sich als erfolgreich heraus, denn „Einiges Russland“ erlangte bei den Parlamentswahlen sogar laut offiziellem Ergebnis nur 49 Prozent der Stimmen und konnte sich so keine Mehrheit sichern. Dieser Erfolg befeuerte die ersten Proteste im Dezember 2011 und der Kreml erstellte in aller Eile Gesetzesentwürfe, die die Registrierung neuer Parteien erleichtern und die die Wahl der Gouverneure wieder einsetzen sollten (Gel‘man 2013b: 6 f.).

Die vor allem unter der russischen Mittelschicht unpopulären Maßnahmen, die seit 2000 getroffen wurden, um die Macht des Präsidenten und dessen mächtigen Unterstützer zu stärken und zu sichern, untergruben zum Jahreswechsel 2012 die Legitimität des Regimes, sowohl auf staatlicher, regionaler als auch auf Parteiebene. Zwar konnte damit kein Boden im Parlament gewonnen werden, so wie im Vorfeld der orangenen Revolution mit dem „Our Ukraine“ Block, doch es zeigte deutlich, dass Pluralismus und ein Wunsch nach mehr Demokratie auch in Russland durchaus vorhanden war.

#### **4.2. Ein unbeliebter Amtsinhaber**

Die zweite wichtige Voraussetzung für eine Farbrevolution ist ein unbeliebter Amtsinhaber, den die Bürger wegen politischen Skandalen oder einem schlechten öffentlichen Image nicht mehr an der politischen Spitze ihres Landes haben wollen und gegen den sich unter anderem auch die Proteste richten.

Dies traf in Russland während des Jahreswechsels 2011/2012 nur teilweise auf den damaligen Premierminister Putin zu. Seit seinem Regierungsantritt als Präsident im Jahr 2000 konstruierte er ein öffentliches Bild von sich selbst, das im direkten Kontrast zu dem politischen und gesellschaftlichen Chaos nach dem Untergang der Sowjetunion in den 1990er Jahren stand. Putin präsentierte sich als Garant von Stabilität, als kampfstärke und

überzeugende politische Führungsperson und als jemand, der den Stolz seiner Landsleute auf Russland wiederherstellen kann (Linán 2010: 167 f.). Ein wichtiger Faktor hierbei war die Re-Maskulinisierung Russlands, also die Generierung einer positiven kollektiven Identität der Russen mithilfe des Geschlechterdiskurses, besonders über die Verbreitung und Förderung von maskulinen Attributen (Riabov 2014: 23). In einer patriarchischen Gesellschaft wie in Russland wird von einer männlichen Führungskraft verlangt, Qualitäten eines „echten Mannes“ (russisch „muschik“) zur Schau zu stellen, um seine Machtposition zu legitimieren. Diese Bezeichnung beschreibt einen Mann unabhängig von seinem Einkommen oder gesellschaftlichen Rang, als unbeugsam, hartnäckig und stark. Er ist eher wortkarg und lässt seine Taten für sich sprechen. Diese Darstellung stößt bei einem Großteil der russischen Gesellschaft auf Zustimmung und wird damit auch für politische Zwecke instrumentalisiert. Die Selbstdarstellung von Putin als der Inbegriff eines „echten Mannes“ und als kalter, pragmatischer und rationaler Manager des Landes ist gleichzeitig auch zum Inbild von nationaler Maskulinität und Identität geworden (Riabov 2014: 26 f.). Von der russischen Propaganda wurde diese Selbstdarstellung über die letzten Jahre hinweg sehr häufig in Form von Fotos aufgegriffen, die Putin zum Beispiel beim Judo, Reiten oder Angeln mit entblößten Oberkörper oder beim Tauchen im Asowschen Meer zur Bergung einer antiken Urne zeigen (Krastev 2012: 39). Putins öffentliche Rhetorik enthielt in diesem Kontext seit seiner ersten Amtszeit als Präsident außerdem besonders eine Formel. In den 1990er Jahren wurde die Abhängigkeit Russlands von ausländischer Entwicklungshilfe als mangelnde Selbstbestimmung und damit als „unmännlich“ ausgelegt. Die Idee Putins von einer „souveränen“ oder „gelenkten“ Demokratie in Russland wurde daher als Chance verstanden, das eigene Schicksal zu bestimmen, selbstständig zu sein und wieder eine große Rolle in der internationalen Politik zu übernehmen (Riabov 2014: 27).

Dass Putins Image auch 2011/2012 weiterhin gut ankam, zeigte unmittelbar nach der Präsidentschaftswahl im März 2012 die „Russian Election Studies“ (Colton 2014: 3). Laut dieser Umfrage sahen 70 Prozent der Russen nach wie vor Putin als denjenigen, der die nationalen Interessen seines Landes am besten durchsetzen kann (Colton 2014: 7) und jeweils über 90 Prozent nahmen ihn weiterhin als intelligent und stark wahr (Colton 2014: 11). Vor allem aber glaubten 67 Prozent der Befragten, dass Putin ohne Wahlfälschungen trotzdem zum Präsident gewählt worden wäre (Colton 2014: 18). Putins Wahlsieg war letztendlich der Unterstützung von Wählern aus ländlicheren Gegenden, älteren und ärmeren Bürgern und Angestellten im öffentlichen Sektor geschuldet. Also kurzweg diejenigen, die den Status Quo und Putins Image als gut empfanden (Gel'man 2013b: 6).

Im Kontrast dazu wurde dieser Geschlechterdiskurs von der liberalen Opposition über den Jahreswechsel 2011/2012 auch als Waffe gegen das Regime und Putin im Besonderen benutzt. Die Mitglieder der Opposition hatten eine ganz andere Vorstellung von Männlichkeit in der russischen Gesellschaft. Zu ihrer Version gehörten demokratische Werte, Bildung, Toleranz und ein westlich geprägter Lebensstil (Riabov 2014: 30). Mit dem traditionellen Modell des russischen „muschik“, in dem Homophobie und Sexismus nicht als Laster angesehen werden, konnten sie dagegen nichts anfangen (Riabov 2014: 27). Daher hat die liberale Opposition während der Proteste 2011/2012 einerseits versucht, das Versagen von Putin als „echten Mann“ hervorzuheben und andererseits eine alternative Definition von Geschlechternormen anzubieten. In politischen Essays und Blogs wurde die Auffassung, dass Putin die Idealvorstellung von Männlichkeit verkörpert, regelmäßig ins Lächerliche gezogen. Einige Blogger haben ihm in Anspielung auf Gerüchte, er würde sich Botox-Injektionen unterziehen, den Spitznamen „Botox“ gegeben. Übermäßiges Interesse an dem eigenen Aussehen verletzt das traditionelle Bild des russischen „muschik“. Ein anderer beliebter Spitzname Putins war „Kondom“. Diese zweifelhafte Ehre erhielt Putin nach einem Interview im Dezember 2012, bei dem er ein weißes Band, das Symbol der Protestbewegung, mit einem Kondom verglich. In der russischen Sprache ist das Wort Kondom eine große Beleidigung für einen Mann und ein Ausdruck für das komplette Fehlen von Männlichkeit (Riabov 2014: 29). Feministinnen wehrten sich ebenfalls gegen das Bild des „muschik“. Das bekannteste Beispiel war die Punkband „Pussy Riot“, die mit ihrem Auftritt in einer Moskauer Kirche kurz vor der Präsidentschaftswahl große Aufmerksamkeit erhielt. In einem Interview erklärten die Mitglieder der Band, dass sie gegen den Patriarch der russisch orthodoxen Kirche und gegen Putin als Symbol von patriarchalischen Gebräuchen und Sexismus protestiert hätten. Sie wünschten sich als Gegenbild des „muschik“, dass russische Männer androgyner werden würden (Riabov 2014: 31).

Putin war im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen im März 2012 also nur bei dem westlich geprägten, gebildeteren und liberaleren Teil der russischen Gesellschaft unbeliebt. Doch genau aus dieser Gruppe, der Mittelschicht, rekrutierte sich die Protestbewegung. Eine Meinungsumfrage des Levada Centers vom Februar 2012 identifizierte die Mehrheit der Demonstranten, zwischen 60 und 70 Prozent, als Demokraten oder Liberale. 80 Prozent gaben an, dass sie eine höhere Schulbildung genossen hätten, 70 Prozent behaupteten von sich, dass sie relativ gut situiert seien, und 89 Prozent stimmten dem Slogan „Nicht eine Stimme für Wladimir Putin“ zu (Volkov 2012: 57).

### **4.3. Eine geeinte und organisierte Opposition**

Eine gut organisierte und im Parlament verankerte Opposition mit einem gemeinsamen Anführer ist für einen politischen Umsturz durch eine Farbrevolution ebenfalls wichtig, da sie eine echte Alternative zum Status Quo anbietet.

In Russland gab es im Vorfeld der Wahlen 2011/2012 jedoch keine parlamentarische Opposition. Ein wichtiges Ziel des Kremls war es seit Putins Amtsantritt 2000 nicht nur, eine dominante Regierungspartei zu etablieren, sondern auch loyale oder künstliche Alternativen zu ihr aufzubauen. Dies schwächte die verschiedenen Oppositionsströmungen, da ihre Stimmen auf Spoiler-Parteien aufgeteilt wurden. Den wenigen Oppositionsparteien blieb durch den aufgezwungenen Konsensus durch den Kreml und „Einiges Russland“ also keine andere Wahl, außer mit dem Regime zu kooperieren, um wenigstens noch eine untergeordnete Rolle in der politischen Arena zu spielen. Für neue oder kleinere Parteien war es außerdem sehr schwer, sich überhaupt eine politische Basis zu schaffen (Gel'man 2013a: 284 ff.). Die Gründe hierfür waren zwei Gesetze, die die Registrierung und die Anzahl der Mitglieder von Parteien betrafen. Das erste dieser Gesetze wurde 2001 verabschiedet. Jede Organisation, die den Status einer politischen Partei anstrebte, musste über 10 000 Mitglieder und Niederlassungen in mindestens der Hälfte der russischen Regionen vorweisen können. Außerdem wurden Vorgaben aufgestellt, die ihre organisatorische Struktur, Parteiprogramme und erlaubten Wirkungsbereiche definierten. Nur die Organisationen, die diese Ansprüche erfüllten, konnten sich als Partei registrieren lassen und bei regionalen bzw. nationalen Wahlen antreten. Bis 2005 erhielten insgesamt 48 von ihnen eine solche Registrierung. Doch im selben Jahr wurden durch ein zweites Gesetz die Regelungen zur Mitgliedschaft noch einmal verschärft. Die Mindestzahl erhöhte sich auf 50 000, in mindestens der Hälfte der Regionen mussten jeweils 500 Mitglieder oder mehr registriert sein und in den übrigen wenigstens 250. Dieses Gesetz wurde rigoros angewendet, und so verringerte sich die Zahl der Parteien in Russland von 48 im Jahr 2005 auf nur noch sieben im Vorfeld der Parlamentswahl Ende 2011. Von diesen sieben schafften es bei Wahlen normalerweise nur drei Parteien über die sieben Prozent Hürde: „Gerechtes Russland“, die „Liberal-Demokratische Partei Russlands“ und die „Kommunistische Partei der Russischen Föderation“. Letztere hatten aufgrund ihrer Ideologien nur eine begrenzte Anziehungskraft und konnten kaum neue Wähler mobilisieren. „Gerechtes Russland“ scheiterte bislang daran, ein eigenes ideologisches Profil zu etablieren, und es mangelte ihr an Glaubwürdigkeit als Oppositionspartei. Nur Alexej Nawalnys Kampagne „Stimme für jede Partei außer Einiges Russland“ war es zu verdanken, dass diese nicht überzeugenden

Oppositionsparteien bei den Parlamentswahlen 2011 ihre Stimmenanzahl im Vergleich zur letzten Wahl stark erhöhen konnten, indem kritische Wähler strategisch nicht für die Satellitenparteien sondern gegen die Regierung gestimmt haben (Goloso 2012: 5 f.). Durch den großen Einfluss des Kremls auf die Oppositionsparteien, die bei den Parlamentswahlen schon keinen Anhaltspunkt für Sentiments gegen das Regime abgaben, waren ihre Vorsitzenden auch bei der Präsidentschaftswahl 2012 keine wirklichen Herausforderer für Putin (Shevtsova 2012a: 20).

Statt politische Parteien übernahmen in Russland 2011/2012 also zivilgesellschaftliche Organisationen die Rolle der Opposition, die vor allem gegen Korruption, Ungleichheit vor dem Gesetz und Wahlfälschungen kämpften (Aron 2013: 69). Diese Organisationen behandelten darüber hinaus noch eine Vielzahl von weiteren sozialen Themen wie Katastrophenhilfe, Umweltschutz und Verbraucher- und Mieterrechte (Lansky 2013: 76). Zu den Mitgliedern dieser außerparlamentarischen Opposition gehörten unter anderem der bekannte liberale Oppositionspolitiker Boris Nemzow, Umweltaktivistin Jewgenija Tschirikowa, Blogger und Antikorruptionsaktivist Alexej Nawalny, einige freie Journalisten und Persönlichkeiten aus der Popkultur. Diese Kerngruppe formierte in Moskau das „Protest Action Organizing Committee“, das sich über den Jahreswechsel 2011/2012 in Cafés oder anderen öffentlichen Plätzen traf, ihre Meetings oft live im Internet übertrug, ein Terminplan und Programm für kommende Protestaktionen aufstellte, Gelder sammelte und mit der Polizei und der Stadtverwaltung verhandelte. Das Komitee war wiederum der Ursprung für weitere Organisationen der Protestbewegung, wie zum Beispiel „White Ribbon“ nach dem Symbol der Proteste oder „League of Voters“ und „Citizen Observer“, die für die Beobachtung von zukünftigen Wahlen zuständig sein sollten. Auch ältere NGOs, wie die Wahlbeobachtervereinigung „Golos“ und die Menschen- und Bürgerrechtsorganisationen „Memorial“ und „Incarcerated“ schlossen sich dem Komitee ebenfalls an (Greene 2013: 42). Es vermied über den Jahreswechsel allerdings eine übermäßige Politisierung seiner Agenda und versuchte, seine zivilgesellschaftlichen Wurzeln bei der Organisation der Protestbewegung beizubehalten, da Politik in Russland weitgehend als „schmutziges Geschäft“ angesehen wird. Der Bezug zu sozialen Themen half daher, die Attraktivität ihrer Protestbewegung auszuweiten. Doch es gab keine einheitliche Führungsspitze, kein eindeutiges Programm, und der Drang nach Politisierung ließ auch zu wünschen übrig (Shevtsova 2012a: 23 f.). Eine im Parlament verankerte Opposition mit einem gemeinsamen Anführer wie in der Ukraine mit dem „Our Ukraine“ – Block unter Wiktor Juschtschenko gab es in Russland 2011/2012 also nicht.

#### **4.4. Gefälschte Wahlen**

Der Auslöser der Massenproteste während den Farbrevolutionen sind stets gefälschte Wahlen, die eine Welle von Frustration und Unzufriedenheit mit dem Regime bei den Bürgern hervorrufen. Für die Unterrichtung der Öffentlichkeit über diese Wahlfälschungen sind NGOs zuständig.

Zwischen 20 000 und 30 000 Wahlbeobachter waren am Tag der russischen Parlamentswahlen Anfang Dezember 2011 im Einsatz (Lanskoy 2013: 76). Viele von ihnen erhielten ihre Ausbildung von der etablierten Wahlbeobachtervereinigung „Golos“. Sie wurde im Jahr 2000 von einigen Juristen und Verwaltungsfachleuten gegründet und ist mittlerweile in 48 russischen Regionen vertreten. Neu an dieser Organisation war, dass sie neutrale und nicht mit irgendeiner Partei verbundene Beobachter schulte. Sie konzentrierte sich vor allem auf die Abstimmung am Wahltag und versuchte, sich aus jedem Wahllokal eine Kopie des Zählprotokolls der abgegebenen Stimmen, das von allen Mitgliedern der Wahlkommission unterschrieben werden musste, zu beschaffen. Diese gesammelten Protokolle wurden dann auf die Übereinstimmung mit dem amtlichen Endergebnis geprüft, das mithilfe eines landesweiten elektronischen Zählsystems erstellt wurde (Gabowitsch 2013: 100). Territoriale Wahlkommissionen waren dafür verantwortlich, die Ergebnisse von den Zählprotokollen der einzelnen Wahllokale in dieses elektronische System einzugeben (Gabowitsch 2013: 78).

In Russland gab es bei den Parlamentswahlen 2011 einige Methoden, dieses Abstimmungssystem zu manipulieren. Zum einen wurden Offiziere, Unternehmensbosse, Schuldirektoren und Rektoren dazu angehalten, ihre Soldaten, Angestellten oder Studenten mit Bussen zu den Wahllokalen zu bringen. Der Beweis, dass man tatsächlich für „Einiges Russland“ gestimmt hat, musste über ein Foto des Stimmzettels erbracht werden. Doch nicht nur die Wähler, sondern auch die Mitglieder der Wahlkommissionen wurden durch Einschüchterungen auf den Kurs der Exekutive gebracht. Die Wahllokale befanden sich überwiegend in Schulgebäuden, und die Kommissionsmitglieder wurden meist aus der Lehrerschaft und der Kommunalverwaltung rekrutiert. Als Staatsbeamte, die kein unkündbares Beschäftigungsverhältnis haben, waren sie durch die Androhungen von Budgetkürzungen und Entlassungen gezwungen, bei den Fälschungen mitzuwirken. Es wurden zum Beispiel Personengruppen zu „Karussellwahlen“ in die Wahllokale geschickt, wo sie bereits vorher ausgefüllte Wahlzettel einwerfen mussten, dafür einen leeren und von der Kommission abgestempelten Zettel mitnahmen und diesen am Ausgang oft gegen Geld oder anderen Belohnungen wieder abgaben. Dieselbe Methode wurde auch mit

Abmeldebescheinigungen, die Briefwahlunterlagen ähnelten und in jedem beliebigen Wahllokal zur persönlichen Stimmabgabe verwendet werden konnten, angewandt. So war es möglich, „Karussell-Wähler“ in mehreren Wahllokalen hintereinander abstimmen zu lassen. Häufig wurden auch Wahlurnen von Mitgliedern der Wahlkommission vor Öffnung oder nach der Schließung der Wahllokale einfach mit vorher ausgefüllten Wahlzetteln aufgefüllt (Gabowitsch 2013: 94 f.). Die ausschlaggebenden Fälschungen fanden aber während der Auszählung und vor allem der Einspeisung der Stimmen in das elektronische Zählsystem statt (Gabowitsch 2013: 105).

Um die Öffentlichkeit über diese Manipulationen zu unterrichten, stellte „Golos“ noch am Wahltag, dem 4. Dezember 2011, eine Art „Wahlfälschkarte“ ins Internet, die über die Sammlung von beobachteten Fälschungen in Wahllokalen im ganzen Land erstellt wurde. Mitarbeiter der Organisation berichteten direkt aus den Lokalen per Telefon oder SMS von ihren Erlebnissen, sodass sogar fast in Echtzeit Wahlfälschungen in ganz Russland dargestellt werden konnten. Außerdem überschwemmten hunderte Augenzeugenberichte und Videos von professionellen Wahlbeobachtern oder auch ganz normalen Bürgern das Internet und traten so eine Lawine der Entrüstung los. Daraufhin sprossen zahlreiche neue Wahlbeobachtervereinigungen aus dem Boden, und die Präsidentschaftswahl am 4. März 2012 wurde noch rigoros überwacht, mit ähnlichen Resultaten wie drei Monate zuvor (Gabowitsch 2013: 101 ff.). Offiziell gewann „Einiges Russland“ im Dezember 2011 also 49 Prozent der Stimmen, nach unabhängigen Schätzungen konnten es aber nicht mehr als 35 Prozent gewesen sein. Putin wurde im Frühjahr 2012 mit offiziellen 63 Prozent zum Präsidenten gewählt, doch er hat sich wohl nur ca. 46 Prozent der Stimmen holen können (Shevtsova 2012a: 20).

Trotz dieser Tatsachen stellt sich aber die Frage, warum genau über den Jahreswechsel 2011/2012 so viele Menschen aus Protest auf die Straße gingen, wo doch Wahlfälschungen im post-sowjetischen Russland seit Jahren weit verbreitet sind. Erstens trug wohl der Ausbau von neuartigen Kommunikations- und Informationswegen wie das Internet dazu bei, alternative Sichtweisen und Meinungen außerhalb der Kontrolle des Staates zu formen und weiterzuverbreiten. Gerade die jüngere Generation und die gebildeteren Stadtbewohner informierten sich online über das politische Tagesgeschehen und bekamen so auch die erdrückenden Beweise von Wahlfälschungen zu Gesicht. Zweitens spitze sich bei den manipulierten Wahlen die schon vorher große Unzufriedenheit mit der weit verbreiteten Korruption und dem politischen Stillstand, der mit der Ankündigung des „Job-Tausches“ von Putin und Medwedew nochmal verdeutlicht wurde, zu (Shevtsova 2012a: 21 ff.).

#### **4.5. Halbwegs freie Medien**

Über die Wahlfälschungen hinaus ist ein gewisser Zugang der Opposition zu den Medien, vor allem den Fernsehsendern, notwendig, um eine breite Bevölkerungsschicht über diese Missstände aufzuklären und sie für die Demonstrationen zu mobilisieren.

Wie schon erwähnt, spielte in Russlands Protestbewegung 2011/2012 das Internet eine wichtige Rolle. Die „Russian Election Studies“ – Umfrage von 2012 zeigte, dass 54 Prozent der Russen das Internet benutzten. Gegenüber der letzten „RES“ – Erhebung von 2008 war dies eine Steigerung von 25 Prozent. Von allen Internetnutzern 2012 gaben 48 Prozent an, politische Kommentare in der einen oder anderen Form online gelesen zu haben. 33 Prozent von ihnen haben dort außerdem Informationen zu geplanten politischen Protesten und Aktivitäten gefunden. 11 Prozent der jüngeren und gebildeteren Teilnehmer behaupteten des Weiteren, dass das Internet die Hauptinformationsquelle für sie darstellte (Colton 2014: 6). Das Internet, vor allem Blogs und soziale Netzwerke, übernahm also während den Protesten über den Jahreswechsel 2011/2012 hauptsächlich drei Funktionen. Erstens entstanden über soziale Medien neue politische Gruppen, die man in Russland durchaus als Protestgemeinschaften bezeichnen konnte. Facebook spielte zum Beispiel eine große Rolle bei der Kommunikation zwischen den Mitgliedern von Gruppen wie der „White Ribbon“ – Organisation. Zweitens gab es aufgrund der staatlichen Kontrolle der traditionellen Medien keine andere Möglichkeit, als über das Internet die öffentliche Wahrnehmung von Wahlfälschungen, Korruption und Amtsmissbräuche zu steigern. Von großer Bedeutung waren hierbei politische Blogs, wie der von Alexej Nawalny, der über seinen cleveren Einsatz von neuen Medien zu einem Mitspieler in der politischen Arena geworden ist. Drittens lässt sich das Internet nur schwer überwachen oder zensieren. Dadurch wurde die Kontrolle des politischen Diskurses in Russland erschwert, und dies eröffnete wiederum neue politische Spielräume (Bode 2013: 54).

Doch der Einsatz des Internets als Informations- und Kommunikationsnetzwerk war nicht ausreichend, um in den drei Monaten zwischen den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen eine große nationale Kampagne gegen Putin auf die Beine zu stellen und schließlich seine Wiederwahl zu verhindern. Die außerparlamentarische Protestbewegung basierte nicht auf politisch einflussreichen Organisationen, und das Internet als Mobilisierungstool war für sie lediglich zur Vorbereitung und Mobilisierung der Protestaktionen in den Städten ausreichend. Die Strategie der Opposition war kurzfristig und limitiert auf die Vorbereitung der nächsten Demonstrationen. Sie hatte weder die Zeit noch die Ressourcen, um weiter zu denken, während das Regime seine Gegenoffensive startete.

Der Kreml stellte in den Staatsmedien eine aggressive Kampagne gegen die Opposition und die Protestteilnehmer auf die Beine. Prominente Mitglieder der Opposition wurden als „westliche Agenten“ dargestellt, die Zuschauer mit der Androhung einer potentiell gefährlichen und chaotischen Revolution eingeschüchtert, und der Status Quo selbst wurde als einziger Garant für Stabilität präsentiert (Gel'man 2013b: 8). Das Regime hatte damit leichtes Spiel, da seit Putins Amtsantritt als Präsident im Jahre 2000 die Medienimperien, die kritisch eingestellten Oligarchen gehörten, systematisch zerschlagen und dem Kreml untergeordnet wurden. Zum Beispiel erwarb der russische Staatskonzern Gazprom den beliebten nationalen Fernsehsender „NTV“. Der Kanal mit der größten Reichweite in Russland, „ORT“, ging in den Besitz von Roman Abramowitsch über, der gute Kontakte zum Kreml pflegte (Ryabinska 2011: 11). Zusammen mit zwei weiteren Staatssendern, „Channel 1“ und „Rossiya“, zeigten diese Kanäle über den Jahreswechsel 2011/2012 in ihren Nachrichten und Talk Shows eine verlässliche Besetzung aus staatlich gebilligten Experten und öffentlichen Personen. Oppositionspolitiker oder Aktivisten wurden nie zu einem Auftritt oder Interview eingeladen. Demzufolge hatte die Protestbewegung es auch sehr schwer, ein Massenpublikum zu erreichen (Walker 2014: 81). Denn nach wie vor gaben 2012 laut der „Russian Election Studies“ – Umfrage 83 Prozent der Russen an, dass das Fernsehen ihre Hauptquelle für politische Informationen war. 78 Prozent von ihnen schauten sich fast jeden Tag regelmäßig ein Nachrichtenprogramm an, und 18 Prozent sagten, sie täten dies mehrere Male in der Woche. Vier aus fünf Zuschauern behaupteten, sie würden sich die Nachrichten auf den Staatssendern „Channel 1“ und „Rossiya“ ansehen, 63 Prozent schalteten „NTV“ ein. Noch signifikanter war allerdings, dass die Zuschauer dieser großen staatlichen Fernsehsendern dessen Programme für objektive Informationsquellen hielten. 64 Prozent der Befragten konnten keine Voreingenommenheit für einen bestimmten Politiker identifizieren (Colton 2014: 6 f.).

Das Internet mag also durchaus während den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2011/2012 eine alternative Sichtweise auf das Regime geworfen haben. Doch genau die ausschlaggebenden Qualitäten, die dies ermöglichten, der breitgefächerte und dezentralisierte Charakter des Internets, machten es schwer, gegen das intensive und disziplinierte Nachrichtensystem des Regimes anzukommen (Walker 2014: 83). Im Gegensatz zu der Opposition in der Ukraine 2004, die den Kanal „Channel 5“ unter ihre Kontrolle brachten, hatte die russische Protestbewegung also keinen Zugang zu den großen Fernsehsendern. Dementsprechend konnte sie 2011/2012 auch kein Massenpublikum erreichen, ihre Positionen nach außen tragen und Proteste in größerer Zahl mobilisieren.

#### **4.6. Mobilisierung von mehr als 10 000 Demonstranten**

Um aber eine echte Bedrohung des Regimes und seinen Machthaber zu werden, müssen die Demonstrationen von einer gut organisierten Opposition in ausreichender Zahl, mit mindestens 10 000 Teilnehmern, mobilisiert werden. Bei den erfolgreichen Farbrevolutionen spielen dabei Studentenorganisationen eine wichtige Rolle.

Dieser Faktor war in Russland über den Jahreswechsel 2011/2012 nicht gegeben. Die außerparlamentarische Opposition, die über das „Protest Action Organizing Committee“ die Proteste organisierten, bestand, wie bereits erwähnt, aus Aktivisten, Journalisten und einigen NGOs, aber keiner einflussreichen Jugendorganisation (Greene 2013: 42). Trotzdem konnte der eher lose Zusammenschluss in diesem Komitee mithilfe des Internets einige Erfolge bei der Mobilisation von den Protesten verbuchen. Die zahlenmäßig größten Proteste fanden im Dezember 2011 nach den Parlamentswahlen statt. Bereits am 5. Dezember, ein Tag nach der Wahl, versammelten sich einige tausend Demonstranten auf dem Tschistoprudnij-Boulevard in Moskau, um gegen die Wahlfälschungen zu demonstrieren. Auch in St. Petersburg, Samara und Tjumen gingen an diesem Tag viele Menschen auf die Straße. Am 7. Dezember kamen um die zehntausend Demonstranten auf den Triumph-Platz in Moskau zu einer nicht genehmigten Protestaktion, in vielen anderen Großstädten verlief es ähnlich (Gabowitsch 2013: 81). Drei Tage nach der Wahl erstellte Arsen Rewasow, dem eine große Firma für Internet-Werbung gehörte, eine Webseite, die das weiße Band als Kennzeichen der Protestbewegung popularisierte. Dieses Symbol wurde vor allem genutzt, um zwischen den großen Demonstrationen Aufmerksamkeit auf den Protest zu lenken. Zum Beispiel wurden in Moskau und in zahlreichen anderen Städten Autokorsos mit weißen Bändern veranstaltet. Große Aufmerksamkeit erreichte außerdem der „Große Weiße Kreis“, eine Menschenkette auf dem Moskauer Gartenring (Gabowitsch 2013: 176). Am 10. Dezember kam es schließlich zu Massendemonstrationen in etwa 100 russischen Städten. Bei Temperaturen um den Gefrierpunkt traten über 100 000 Menschen auf dem Moskau Bolotnaja-Platz zusammen, in St. Petersburg und Jekaterinburg waren es jeweils 10 000. Die größten Protestaktionen in den Regionen fanden im Nordwesten des Landes und in Westsibirien statt (Gabowitsch 2013: 82). Zur Vorbereitung der nächsten Massendemonstration in Moskau am 24. Dezember wurde dann hauptsächlich die Facebook Gruppe „Wir waren auf dem Bolotnaja-Platz und kommen wieder“ genutzt. In den Regionen entstanden auf dem russischen Pendant zu Facebook, „vkontakte“, ähnliche Gruppen (Gabowitsch 2013: 175). Schließlich konnten an diesem Tag auf der Moskauer Sacharow Straße wieder bis zu 100 000 Menschen mobilisiert werden.

Kleinere Protestaktionen wurden auch im Frühjahr 2012 abgehalten. Um die 20 000 Teilnehmer besuchten eine Demonstration in Moskau am 5. März, dem Tag nach Putins Wiederwahl zum Präsidenten. Der letzte große Protest fand schließlich während Putins Amtsantritt am 6. Mai statt. Die Polizei zerschlug gewaltsam eine Gruppe mit etwa 50 000 Demonstranten und beendete so die Protestwelle (Greene 2013: 42).

Russlands außerparlamentarische Opposition schaffte es also, über den Winter 2011/2012 jeweils über 10 000 Demonstranten zu den Protestaktionen zu mobilisieren. Diese waren zwar gemessen an dem Standard der letzten zehn Jahren in Russland sehr groß und weit verbreitet, aber umfassten nur einen sehr kleinen Teil der russischen Bevölkerung von über 140 Millionen. Selbst in der Hauptstadt Moskau, wo zahlenmäßig die größten Proteste stattfanden, konnten die Demonstrationen nicht mal ansatzweise die Stärke von bis zu einer Millionen Teilnehmer in der ukrainischen Hauptstadt Kiew während der orangenen Revolution 2004 erreichen (Wolchik 2012: 66).

#### **4.7. Spaltungen innerhalb des Regimes**

Zuletzt ist das Überlaufen von Teilen des Unterdrückungsapparats und der politischen Eliten des Regimes zur Opposition ausschlaggebend für den Erfolg von Farbrevolutionen, da dadurch die Repressionen der Proteste sinken.

Über den Winter 2011/2012 haben die russischen Autoritäten und ihre Verbündeten es aber geschafft, ihren Zusammenschluss aufrechtzuerhalten. Putin blieb aus ihrer Sicht nach wie vor ein zufriedenstellender politischer Anführer, auch gerade wegen der Angst, dass eine Liberalisierung des politischen Systems ein Machtverlust für sie bedeuten und die seit 2000 aufgebaute Machtvertikale zerstören würde (Shevtsova 2012b: 211). Aus diesem Grund ist auch der rigorose Einsatz von „OMON“ - Einheiten, einer paramilitärischen Bereitschaftspolizei, während der Proteste zu erklären. Diese Einheiten unterstanden dem Innenministerium, eines der Machtministerien und wichtiges Standbein von Putins Verbündeten, den „siloviki“. Sie kamen vor allem zum Einsatz, um in regelrechter Kampfausrüstung die Teilnehmer der Demonstrationen zu umstellen. Damit sich die „OMON“ – Mitglieder nicht mit der Protestbewegung solidarisieren, wurden für den Einsatz bei den Demonstrationen in den Großstädten Einheiten aus weit entfernten Regionen des Landes geholt. Sie waren dafür verantwortlich, die oft willkürlichen Verhaftungen durchzuführen, während die reguläre Polizei mit Transportern bereitstand, Mitglieder des Geheimdienstes FSB Anweisungen gaben und den Prozess mit Fotoapparaten dokumentierten (Gabowitsch 2013: 323 ff.).

Bei der ersten genehmigten Demonstration nach den Parlamentswahlen am 5. Dezember 2011 kam es in Moskau bereits zu ca. 200 Verhaftungen. Während den nicht angekündigten Protesten am darauffolgenden Tag wurden im ganzen Land wieder mehrere hundert Teilnehmer verhaftet. Viele von ihnen, auch einige Journalisten, waren bei dem Abtransport von der Polizei häufig Schikanen und physischer Gewalt ausgesetzt. Von der Massendemonstration am 10. Dezember mit etwa 100 000 Teilnehmern in Moskau wurden die Behörden wohl überrumpelt, denn der Einsatz von Polizei und FSB beschränkte sich hier lediglich auf die Beobachtung der Geschehnisse (Gabowitsch 2013: 81 ff.). Nach Neujahr spitzte sich die Gewalt durch die Polizei allerdings wieder zu. Am 5. März 2012 erkletterten einige Demonstranten, darunter auch Alexej Nawalny, einen Brunnen auf dem Moskauer Puschkin-Platz und riefen dazu auf, ihn besetzt zu halten. „OMON“ – Einheiten verhafteten und verprügelten daraufhin viele Protestteilnehmer. Zu Zusammenstößen mit der Polizei und einer riesigen Verhaftungswelle kam es auch bei der letzten großen Demonstration des Winters am 6. Mai 2012 (Gabowitsch 2013: 259).

Der Kreml wandte neben der Polizeigewalt und Verhaftungswellen aber noch eine zweite Einschüchterungstaktik an. Diese war eher symbolischer und rhetorischer Natur. Es wurden über den Winter 2011/2012 verstärkt Kundgebungen, sogenannte „Putings“, zur Unterstützung des Regimes organisiert (Smyth 2013: 25). Am 4. und 5. Dezember 2011 veranstaltete die Jugendorganisation des Kremls, „Naschi“, feierliche Konzerte in Moskau und steuerte am 7. Dezember der Demonstration der Protestbewegung auf dem Triumphplatz entgegen. Am 4. Februar 2012 organisierte ein bekannter Talk Show Moderator des russischen Staatsfernsehens als Gegenstück zu den Protesten auf dem Moskauer Bolotnaja-Platzes eine „anti-orange rally“, die von Veteranen und Staatsangestellten gut besucht war. Am Ende des Monats Februar fuhr der Kreml dann auf einer Kundgebung unter dem Titel „Wir verteidigen die Nation“ große Geschütze auf. Sie wurde von ca. 130 000 Menschen besucht, die sich mit Livemusik, traditionellen Tanzgruppen und Reden von Politikern, darunter Putin selbst, amüsieren konnten. Diese Kundgebung war dazu gedacht, die Kernwähler des Regimes zu mobilisieren und die Opposition zu verschmähen. Letztere wurde in den politischen Reden mangelnder Patriotismus vorgeworfen und nicht als Gegner Putins, sondern von ganz Russland dargestellt. Diese Botschaft kam bei dem Zielpublikum der Kundgebung, die weniger gebildete und traditionell eingestellte Bevölkerung, gut an. Sie schuf Solidarität im Kampf gegen einen gemeinsamen „Feind“, die angeblich vom Westen unterstützte Protestbewegung und präsentierte sogleich die passende Lösung: Stabilität durch Putins Führungsstärke mit Unterstützung durch das einfache Volk (Smyth 2013: 27).

#### **4.8. Negativer Protestzyklus**

Nach der Anwendung von McFauls sieben Bestandteilen erfolgreicher Farbrevolutionen auf die russische Protestwelle 2011/2012 kann nun mithilfe von D'Anieris negativem Protestzyklus erklärt werden, warum sie sich nicht zu einer Farbrevolution wie in der Ukraine 2004 ausweiten konnte. Die Schlüsselfrage dieses Ansatzes ist es, ob die Beteiligung an den Protesten einen „tipping point“ übersteigt, sodass die Protestbewegung zu einem Selbstläufer wird, oder ob die Regierung sie unter diesem Punkt hält und schließlich niederschlagen kann. Laut D'Anieri ist McFauls siebter Faktor, Spaltungen innerhalb der Eliten des Regimes, ausschlaggebend für das Erreichen dieses „tipping point“. Politische Führungspersonen, die im Vorfeld oder während der Protestwelle zur Opposition überliefen, tragen entscheidend zur Organisation der Revolution bei. Absprachen mit dem Unterdrückungsapparat des Regimes, der sich im Idealfall mit der Protestbewegung solidarisiert, vermindern die Repression der Demonstrationen. Beides erhöht wiederum die Erfolgchancen der Protestbewegung, mobilisiert mehr und mehr Teilnehmer und sorgt dafür, dass sie zu einem Selbstläufer wird.

In Russland war über den Winter 2011/2012 aber eine gegenteilige Entwicklung zu beobachten, obwohl die Voraussetzungen einer erfolgreichen Farbrevolution eigentlich erfüllt wurden. Mit einem semi-autoritären Regime, das auf einer vertikalen Machtstruktur, einer dominanten Regierungspartei und einer mächtigen Gruppe von Regierungsunterstützern in den Machtministerien basierte, war Russland anfällig für einen demokratischen Umsturz. Mit der Errichtung dieser Eckpfeiler untergrub Wladimir Putin die Legitimität des Regimes auf nationaler, regionaler und parteilicher Ebene und beschwor so im Vorfeld der Protestwelle einigen Ärger herauf. Die politische Entmachtung der Regionen kam in der Bevölkerung schlecht an, denn oftmals wurden beliebte Gouverneure mit unbekanntem und unerfahrenen Politikern ersetzt. Die Regierungspartei „Einiges Russland“ wurde als Werkzeug des Regimes ohne eigene Ideologie angesehen und war zudem noch mit einigen Korruptionsskandalen belastet. Schließlich brüskierte die Ankündigung des „Job-Tausches“ von Putin und Medwedew im Präsidentenamt vor allem die Mittelschicht, die große Hoffnungen auf letzteren und die Liberalisierung ihres Landes gesetzt hatten. Des Weiteren war Putin bei diesem gebildeten, besser verdienenden und westlich geprägten Teils der Gesellschaft unbeliebt, der sich über seine Selbstdarstellung als „echter Mann“ lustig machte. Schließlich spitzte sich diese Unzufriedenheit bei den Parlamentswahlen zu, denn zahlreiche Belege von Wahlfälschungen wurden über Blogs und Videos nach außen getragen und lösten so die Proteste aus.

Doch diese schafften es nicht über den entscheidenden „tipping point“ hinaus zu einem Selbstläufer zu werden und sich zu einer weiteren Farbrevolution im post-sowjetischen Raum auszuweiten. Die Information und Mobilisation der Protestbewegung wurde dadurch erschwert, dass es in Russland keine geeinte, im politischen System verankerte Opposition mit einer klaren Führungspersönlichkeit gab. Stattdessen bildete ein außerparlamentarischer Verbund aus Aktivisten, Journalisten und Mitgliedern von NGOs das „Protest Action Organizing Committee“, das kein eindeutiges politisches Programm aufstellen konnte. Es besaß außerdem mit lediglich dem Internet als Medium nicht die Organisationsfähigkeit, um in den drei Monaten zwischen den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen eine nationale Protestkampagne auf die Beine zu stellen. Die empfundenen Erfolgchancen der Protestbewegung, tatsächlich einen politischen Wandel in Russland herbeizuführen, sanken vor allem durch zwei Faktoren immer weiter ab. Wladimir Putin genoss weiterhin die Unterstützung vom ärmeren, ländlichen und traditionell eingestellten Teil der Bevölkerung und schaffte es mithilfe des Kremls, dessen Eliten nach wie vor ein Interesse daran hatten den Status Quo zu erhalten, durch eigene Demonstrationen und abwertende Parolen gegen die Regimegegner anzukämpfen. Des Weiteren schickten Putins Verbündete in den Machtministerien, die „siloviki“, paramilitärische Polizeieinheiten zu den Demonstrationen in den Großstädten, um Verhaftungen vorzunehmen und die Proteste gewaltsam zu zerschlagen. Durch diese Einschüchterungstaktiken kam es zu einem Abflauen der Proteste von bis zu 100 000 Beteiligten pro Demonstration im Dezember 2011 auf nur noch 10 000 bis 25 000 Teilnehmer der Protestaktionen im Frühjahr 2012. Sie stellten letztendlich keine Bedrohung des Regimes dar und konnten die Wiederwahl Putins im März 2012 zum Präsidenten Russlands nicht verhindern.

## 5. Schluss

Die Suche nach der Antwort auf die Frage, warum sich die Protestwelle in Russland 2011/2012 nicht wie in der Ukraine 2004 zu einer Farbrevolution ausweiten konnte, brachte einige interessante Ergebnisse mit sich.

Zunächst konnte die Anwendung von McFauls sieben Bestandteilen erfolgreicher Farbrevolutionen und D'Anieris positiven Protestzyklus auf die Protestwelle in der Ukraine 2004 eine Erklärung liefern, wie sie sich zu einer Revolution entwickeln und einen politischen Umsturz herbeiführen konnte. Zunächst wurden die drei Voraussetzungen und Auslöser der Massenproteste, ein demokratieanfälliges semi-autoritäres Regierungssystem, ein unbeliebter Amtsinhaber und gefälschte Wahlen, erfüllt. Der damalige Präsident Leonid Kutschma riss im Vorfeld der orangenen Revolution mithilfe von loyalen Oligarchen die Kontrolle über alle politischen Institutionen der Ukraine an sich. Trotz dieses Machtmonopols der Regierung konnte der Wunsch nach mehr Pluralismus und einer Liberalisierung des politischen Systems in der Ukraine aber nicht klein gehalten werden. Der Oppositionsblock „Our Ukraine“ war bereits zwei Jahre vor der orangenen Revolution in der Lage, sich durch ein gutes Ergebnis bei den Parlamentswahlen eine politische Plattform zu schaffen. Von Vorteil für die ukrainische Opposition war hierbei die Unbeliebtheit von Präsident Kutschma, der in Korruptionsskandale verstrickt und an der Ermordung eines regimekritischen Journalisten beteiligt war. Schließlich stieg diese Unzufriedenheit während den Präsidentschaftswahlen 2004 noch an, da durch die Beobachtung von einigen NGOs zahlreiche Fälle von Wahlfälschungen bekannt wurden. Die geeinte Opposition, mit einem im Parlament verankerten Parteienblock „Our Ukraine“ und einem gemeinsamen Anführer Wiktor Juschtschenko, stellte also eine gute Alternative zu dem Regime dar und konnte über halbwegs freie Medien, insbesondere den Fernsehsender „Channel 5“, eine breite Masse der Bevölkerung über die Wahlfälschungen unterrichten und zu Demonstrationen vor allem in Kiew mobilisieren. Am meisten trug jedoch der sechste Bestandteil erfolgreicher Farbrevolutionen, Spaltungen innerhalb des Regimes, zum Erfolg bei. Führende Oppositionsmitglieder trafen Absprachen mit dem Sicherheitsapparat des Regimes, der daraufhin auf die gewaltsame Zerschlagung der Proteste verzichtete. Dies sorgte zusammen mit der Unterstützung der Stadtverwaltung Kiews dafür, dass die empfundenen Erfolgchancen der Protestbewegung stiegen und immer mehr Teilnehmer mobilisiert werden konnten. Die massive Protestwelle von bis zu einer Millionen Menschen in Kiew erreichte die Wiederholung der zweiten Runde der Präsidentschaftswahl, aus der schließlich der Oppositionsführer Juschtschenko als Sieger hervorging.

Durch die Analyse der russischen Protestbewegung von 2011/2012 mithilfe derselben theoretischen Ansätze konnten einige Gemeinsamkeiten, aber insbesondere auch drei signifikante Unterschiede zur Protestwelle in der Ukraine 2004 identifiziert werden. Die drei Voraussetzungen einer Farbrevolution waren über den Jahreswechsel 2011/2012 in Russland ebenfalls gegeben. Das Land war mit einem semi-autoritären Regime, das auf einer vertikalen Machtstruktur, einer dominanten Regierungspartei und einer mächtigen Unterstützerguppe aus Staatsbeamten in den Machtministerien basierte, anfällig für einen demokratischen Umsturz. Putins Selbstdarstellung als „echter Mann“ kam in der gebildeten, besser verdienenden und westlich geprägten Mittelschicht schlecht an. Dieser Teil der Gesellschaft wurde außerdem besonders brüskiert, als der damalige Präsident Medwedew, der als junger Anwalt eigentlich große Hoffnungen als weniger autoritär regierender Amtsinhaber auf sich zog, die erneute Wiederwahl Putins zum Präsidenten als beschlossene Tatsache hinstellte. Die zahlreichen Belege von Fälschungen vor allem bei der Parlamentswahl im Dezember 2011, die über Blogs und Videos nach außen getragen wurden, lösten schließlich die Proteste aus. Doch diese schafften es nicht, sich zu einer weiteren Farbrevolution auszuweiten. In Russland gab es keine geeinte, gut organisierte und im politischen System verankerte Opposition. Der außerparlamentarische Verbund aus Aktivisten, Journalisten und Mitgliedern von NGOs konnte aus den Protesten kein politisches Kapital schlagen und besaß außerdem keinen Zugang zu den traditionellen Medien. Mit lediglich dem Internet als Medium hatte er es bei der Information und Mobilisation der Protestbewegung auf nationaler Ebene schwer. Die empfundenen Erfolgchancen der Protestbewegung sanken vor allem dadurch, dass Wladimir Putin weiterhin die Unterstützung vom ärmeren, ländlichen und traditionell eingestellten Teil der Bevölkerung sicher hatte und mithilfe seiner Unterstützer im Kreml durch eigene Demonstrationen und abwertende Parolen gegen die Regimegegner ankämpfte. Des Weiteren wurde ein massives Polizeiaufgebot zu den Demonstrationen in den Großstädten geschickt, um Verhaftungen vorzunehmen und die Proteste gewaltsam zu zerschlagen. Dadurch kam es zu einem Abflauen der Proteste von bis zu 100 000 Teilnehmer pro Demonstration im Dezember 2011 auf nur noch 10 000 bis 25 000 im Frühjahr 2012. Die Wiederwahl Putins zum Präsident Russland konnte so nicht verhindert werden.

Das Scheitern der russischen Protestbewegung ist also auf drei Gründe zurückzuführen: Der schwache Organisationsgrad der außerparlamentarischen Opposition, die erschwerte Mobilisation der Protestbewegung über das Internet und der geschlossene Auftritt der Eliten und des Unterdrückungsapparats des Kremls, der die Proteste schließlich niederschlug.

Doch die Zerschlagung der „weißen“ Protestbewegung im Frühjahr 2012 bedeutet noch lange nicht, dass die russische Opposition und die Gegner Putins nun komplett von der Bildfläche verschwunden sind. In den letzten Monaten hat es immer wieder einige größere Protestaktionen gegeben. Im März 2014 kamen etwa 50 000 Menschen zu einem „Marsch des Friedens“ auf die Straßen Moskaus, um gegen den Einmarsch russischer Truppen auf der Krim zu protestieren. Ein halbes Jahr später wurde erneut gegen Putins Ukraine-Politik demonstriert. Am 21. September 2014 forderten ca. 26 000 Demonstranten, den Krieg in der Ostukraine und die russische Einmischung im Nachbarland zu beenden. Beide Protestaktionen wurden hauptsächlich von zwei Oppositionsparteien organisiert. Zum einen die „Partei des 5. Dezember“, die infolge der Proteste gegen die Wahlfälschungen bei der Parlamentswahl 2011 entstanden ist. Zum anderen die „Republikanische Partei Russlands“, die von dem bekannten Oppositionspolitiker Boris Nemzow gegründet wurde. Dieser war ein wichtiges Mitglied des außerparlamentarischen Verbundes, der die Protestbewegung von 2011/2012 mit organisiert hatte (Brunner 2014). Ein weiteres ehemaliges Mitglied, Alexej Nawalny, wurde kürzlich in einem politisch motivierten Gerichtsverfahren wegen Betrugs zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Als Reaktion darauf versammelten sich am 30. Dezember 2014 spontan mehrere tausend Demonstranten in der Nähe des Kremls (Smirnova 2014). Es wird sich aber noch zeigen müssen, ob und wie der unermüdliche Einsatz der Oppositionellen und ihrer Anhänger trotz der stetigen Repressionen in Russland zukünftig Wirkung zeigen kann.

## 6. Literaturverzeichnis

Aaron, Leon 2013: The Long Struggle for Freedom, in: *Journal of Democracy* 24: 3, 62-74.

Ash, Konstantin 2011: A Game-Theoretic Model for Protest in the Context of Post-Communism, in: *Communist and Post-Communist Studies* 44, 1-15.

Beissinger, Mark R. 2013: The Semblance of Democratic Revolutions: Coalitions in Ukraine's Orange Revolution, in: *American Political Science Review* 107: 3, 1-19.

Beissinger, Mark R. 2009: An Interrelated Wave, in: *Journal of Democracy* 20: 1, 74-77.

Bode, Nicole/Andrey Makarychev 2013: The New Social Media in Russia: Political Blogging by the Government and the Opposition, in: *Problems of Post-Communism* 60: 2, 53-62.

Brunner, Simone 2014: Weg mit Putin! Russen protestieren gegen Krieg, in: <http://www.welt.de/politik/ausland/article132473664/Weg-mit-Putin-Russen-protestieren-gegen-Krieg.html>; 10.01.2015

Bunce, Valerie J./Wolchik, Sharon L. 2009: Postcommunist Ambiguities, in: *Journal of Democracy* 20: 3, 93-107.

Bunce, Valerie J./Wolchik, Sharon L. 2006: Favorable Conditions and Electoral Revolutions, in: *Journal of Democracy* 17: 4, 5-18.

Colton, Timothy J./Hale, Henry E. 2014: Putin's Uneasy Return and Hybrid Regime Stability: The 2012 Russian Election Studies Survey, in: *Problems of Post-Communism* 61: 2, 3-22.

D'Anieri, Paul 2006: Explaining the Success and Failure of Post-Communist Revolutions, in: *Communist and Post-Communist Studies* 39, 331-350.

Evans, Alfred B. 2012: Protests and Civil Society in Russia: The Struggle for the Khimki Forest, in: *Communist and Post-Communist Studies* 45, 233-242.

Fairbanks, Charles H. 2007: Revolution Reconsidered, in: *Journal of Democracy* 18: 1, 42-57.

Gabowitsch, Mischa 2013: Putin kaputt!? Russlands neue Protestkultur, Berlin.

Gill, Graeme J. 2012: The Medwedew Presidency, in: Gill, Graeme J. (Hrsg.): *Routledge Handbook of Russian Politics and Society*, London, 27-32.

Gel'man, Vladimir 2013a: Party Politics in Russia: From Competition to Hierarchy, in: Ostrow, Joel M. (Hrsg.): *Politics in Russia: A Reader*, Thousand Oaks, CA, 273-289.

Gel'man, Vladimir 2013b: Cracks in the Wall: Challenges to Electoral Authoritarianism in Russia, in: *Problems of Post-Communism* 60: 2, 3-10.

Golosov, Grigorii V. 2012: The 2012 Political Reform in Russia: The Interplay of Liberalizing Concessions and Authoritarian Corrections, in: *Problems of Post-Communism* 59: 6, 3-14.

Greene, Samuel A. 2013: Beyond Bolotnaia: Bridging Old and New in Russia's Election Protest Movement, in: *Problems of Post-Communism* 60: 2, 40-52.

Hale, Henry E. 2006: Democracy or Autocracy on the March? The Colored Revolutions as Normal Dynamics of Patronal Presidentialism, in: *Communist and Post-Communist Studies* 39, 305-329.

Herd, Graeme P. 2005: Colorful Revolutions and the CIS: "Manufactured" Versus "Managed" Democracy?, in: *Problems of Post-Communism* 52: 2, 3-18.

Hill, Ronald J. 2012: The Putin Era, in: Gill, Graeme J. (Hrsg.): *Routledge Handbook of Russian Politics and Society*, London, 13-26.

Krastev, Ivan/Holmes, Stephen 2012: An Autopsy of Managed Democracy, in *Journal of Democracy* 23: 3, 33-45.

Kuzio, Taras 2010: Nationalism, Identity and Civil Society in Ukraine: Understanding the Orange Revolution, in: *Communist and Post-Communist Studies* 43, 285-296.

Lanskoy, Miriam/Suthers, Elspeth 2013: Outlawing the Opposition, in: *Journal of Democracy* 24: 3, 75-87.

Linán Vásquez, Miguel 2010: History as a Propaganda Tool in Putin's Russia, in: *Communist and Post-Communist Studies* 43, 167-178.

McFaul, Michael 2005: Transitions from Post-Communism, in: *Journal of Democracy* 16: 3, 5-19.

Riabov, Oleg/Riabova, Tatiana 2014: The Remasculinization of Russia? Gender, Nationalism, and the Legitimation of Power Under Vladimir Putin, in: *Problems of Post-Communism* 61: 2, 23-35.

Ryabinska, Natalya 2011: The Media Market and Media Ownership in Post-Communist Ukraine: Impact on Media Independence and Pluralism, in: *Problems of Post-Communism* 58: 6, 3-20.

Shevtsova, Lilia 2014: The Russia Factor, in: *Journal of Democracy* 25: 3, 74-82.

Shevtsova, Lilia 2012a: Implosion, Atrophy, or Revolution?, in: *Journal of Democracy* 23: 3, 19-32.

Shevtsova, Lilia 2012b: Russia under Putin: Titanic Looking for its Iceberg?, in: *Communist and Post-Communist Studies* 45, 209-216.

Smirnova, Julia 2014: Bewährungsstrafe für Nawalny, in: [http://www.welt.de/print/welt\\_kompakt/print\\_politik/article135887971/Bewaehrungsstrafe-fuer-Nawalny.html](http://www.welt.de/print/welt_kompakt/print_politik/article135887971/Bewaehrungsstrafe-fuer-Nawalny.html), 10.01.2015.

Smith, Gordon B. 2012: The Russian Constitution, in: Gill, Graeme J. (Hrsg.): *Routledge Handbook of Russian Politics and Society*, London, 71-80.

Smyth, Regina/Sobolev, Anton/Soboleva, Irina 2013: A Well-Organized Play: Symbolic Politics and the Effect of the Pro-Putin Rallies, in: *Problems of Post-Communism* 60: 2, 24-39.

Taylor, Brian D. 2011: *State Building in Putin's Russia: Policing and Coercion after Communism*, Cambridge.

Tucker, Joshua A. 2007: Enough! Electoral Fraud, Collective Action Problems, and Post-Communist Colored Revolutions, in: *Perspectives in Politics* 5: 3, 535-551.

Volkov, Denis 2012: The Protesters and the Public, in: *Journal of Democracy* 23: 3, 55-62.

Walker, Christopher/Orttung, Robert W. 2014: Breaking the News: The Role of State-Run Media, in: *Journal of Democracy* 25: 1, 71-85.

Way, Lucan 2009: A Reply to My Critics, in: *Journal of Democracy* 20: 1, 90-97.

Way, Lucan 2008: The Real Causes of the Color Revolutions, in: *Journal of Democracy* 19: 3, 55-69.

Wolchik, Sharon L. 2012: Can There Be a Color Revolution?, in: *Journal of Democracy* 23: 3, 63-70.

## **7. Eigenständigkeitserklärung**

Ich versichere, dass ich die vorgelegte Seminararbeit eigenständig und ohne fremde Hilfe verfasst, keine anderen als die angegebenen Quellen verwendet und die den benutzten Quellen entnommenen Passagen als solche kenntlich gemacht habe. Diese Seminararbeit ist in dieser oder einer ähnlichen Form in keinem anderen Kurs vorgelegt worden.

München, den \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_